# Bittere Bananen

AUSBEUTERISCHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN ECUADOR
IN DER LIEFERKETTE DEUTSCHER SUPERMARKTKETTEN

Oxfam
Deutschland

Der vorliegende Bericht basiert auf einer im Auftrag von Oxfam Deutschland erstellten Untersuchung der unabhängigen ecuadorianischen Forschungseinrichtung zu Agrarfragen SIPAE (Sistema de Investigación de la Problemática Agraria de Ecuador) über Arbeitsbedingungen auf Plantagen in Ecuador, auf denen Bananen für den Export nach Deutschland angebaut werden (SIPAE-Bericht, 2011). Im Rahmen dieser Untersuchung wurden zwischen Juli 2010 und Februar 2011 insgesamt 63 Arbeiter/innen befragt, die auf Plantagen und in der Verpackung der drei Bananen-Produzenten und -Exporteure Noboa, Dole und Reybanpac arbeiten, sowie 54 Arbeiter/innen in deren Zulieferbetrieben. Zu Interviews war lediglich die Firma Dole bereit, die Firmen Reybanpac und Noboa hingegen nicht.

# BITTERE BANANEN

AUSBEUTERISCHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN ECUADOR
IN DER LIEFERKETTE DEUTSCHER SUPERMARKTKETTEN

INHALTSVERZEICHNIS


| | | |
|---|---|---|
| **A** | **Einführung** | **5** |
| **B** | **Arbeitsbedingungen in ecuadorianischen Bananenplantagen** | **6** |
| I | Löhne | 6 |
| II | Überstunden | 6 |
| III | Urlaub und Sozialleistungen | 6 |
| IV | Verträge | 9 |
| V | Sicherheit und Gesundheit | 9 |
| VI | Gewerkschaftsrechte | 11 |
| VII | Kinderarbeit | 13 |
| VIII | Zugang zu Land und Wasser | 13 |
| **C** | **Die Rolle deutscher Supermarktketten** | **15** |
| I | Türsteher und Flaschenhals:<br>Deutsche Supermarktketten beherrschen den Markt | 15 |
| II | Soziale Verantwortung der Supermarktketten:<br>Viele Worte, wenig Taten | 17 |
| **D** | **Schlussfolgerungen: Was ist zu tun?** | **20** |

*Foto:* Eduardo Abraços Bluhm | 2010 – www.eduardoabracos.com

# A
# EINFÜHRUNG

Die Banane ist die zweitbeliebteste Frucht der Deutschen.[1] Dafür sorgt nicht nur ihr aromatischer Geschmack, sondern auch ihr niedriger Preis. Etwa jede dritte Banane in den Regalen deutscher Supermärkte stammt aus Ecuador.[2] Die wenigsten Verbraucher/innen wissen allerdings von den Bedingungen, unter denen Arbeiter/innen in Anbauländern wie Ecuador Bananen für deutsche Supermarktketten produzieren.

*„Das Geld, das ich auf den Plantagen verdiene, liegt unter dem staatlich festgesetzten Existenzminimum“,* so ein ecuadorianischer Landarbeiter.[3] Weder könne er so für seine Familie Bildung und Gesundheitsfürsorge in Anspruch nehmen, noch Wasser und Strom bezahlen.

Bereits die 2008 erschienene Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke“ prangerte die ausbeuterischen Arbeitsbedingungen an, unter denen Bananen und Ananas für die großen deutschen Supermarktketten produziert wurden. Die Studie kritisierte die Marktmacht dieser Unternehmen und den damit verbundenen Preis- und Kostendruck auf Lieferanten als eine der Ursachen für die schlechten Arbeitsbedingungen und forderte die Eindämmung unfairer Einkaufspraktiken sowie die Übernahme sozialer Verantwortung durch die Supermarktketten.

Seit 2008 ist die Marktkonzentration im Lebensmitteleinzelhandel weiter gestiegen. Nach Angaben des Bundeskartellamtes teilen sich nicht mehr sechs Handelsunternehmen rund 90 Prozent des deutschen Absatzmarktes, sondern nur noch fünf – nämlich Edeka, Rewe, Aldi, die Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) und Metro (Galeria Kaufhof, Real).[4] Dadurch dürfte sich deren Einkaufsmacht gegenüber den Lieferanten noch vergrößert haben.

Anknüpfend an „Endstation Ladentheke“ untersucht die vorliegende Studie, ob sich die Arbeitsbedingungen im Bananenanbau in Ecuador gebessert haben und was die Supermarktketten zur Verbesserung beitragen. Im Mittelpunkt stehen die ecuadorianischen Bananen-Produzenten und -Exporteure Noboa, Reybanpac und Dole-Ubesa[5], deren Bananen in den Regalen der deutschen Handelsketten Aldi, Lidl, Edeka, Rewe und Metro zu finden sind.

Noboa, Reybanpac und Dole gehören zu den größten Bananen-Produzenten und -Exporteuren Ecuadors. Im Jahr 2010 stand das weltweit größte Fruchthandelsunternehmen Dole mit 12,7 Prozent Anteil an der Bananenausfuhr an erster Stelle und die ecuadorianischen Firmen Noboa und Reybanpac mit 9,2 und 6,4 Prozent auf Platz zwei bzw. fünf.[6] Der Bananen-Export aus Ecuador wird zu 60 Prozent von nur zehn Exporteuren beherrscht.[7]

Doch nicht nur die ecuadorianischen Bananen-Exporte sind hoch konzentriert, auch der Bananen-Markt in Deutschland ist in der Hand einiger weniger Unternehmen. Dazu gehören die „Fruchtmultis“ Fyffes (Irland), Chiquita (USA) und Dole (USA) sowie die Fruchthändler mit eigenen Reifereien, wie der deutsche Cobana Fruchtring, in dem sich 33 mittelständische Obst- und Gemüse-Händler deutschlandweit zusammengeschlossen haben, der belgische Obst- und Gemüsevermarkter UNIVEG, die Firma van Wylick und das zu Edeka gehörende Edeka Frucht- und Blumenkontor.[8]

Trotz der Konzentration des Bananenmarktes auf wenige Unternehmen ist es für Außenstehende schwierig, die Lieferwege aus Ecuador zurückzuverfolgen. Die Lieferkette besteht in der Regel aus Produzent, Exporteur, Importeur, in manchen Fällen noch weiteren Großhändlern mit Reifereien und anderen Dienstleistungen, sowie Einzelhändler, sodass es normalerweise keine direkten Beziehungen zwischen deutschen Supermarktketten und ecuadorianischen Produzenten gibt. Zudem sind die Unternehmen wenig auskunftsbereit und nennen höchstens ihre unmittelbaren Lieferanten.

# B

# ARBEITSBEDINGUNGEN IN ECUADORIANISCHEN BANANENPLANTAGEN

## I Löhne

Bananen sind ein Exportschlager Ecuadors. Nur die Erträge aus Ölexporten und die Überweisungen von Emigranten übersteigen die Einnahmen aus Bananenexporten; sie haben sich zwischen 2004 und 2010 auf zwei Milliarden US-Dollar verdoppelt.[9] Doch wie viel davon kommt bei den Arbeiter/innen auf den Plantagen an? Ihr durchschnittlicher monatlicher Nettolohn beträgt bei allen drei untersuchten Produzenten rund 237 US-Dollar – nicht genug, um eine Familie zu ernähren. *„Ich arbeite zusätzlich als Bauarbeiter, um ein bisschen mehr zu verdienen, damit das Geld zum Leben reicht“*, antwortet ein Plantagenarbeiter auf die Frage, ob er mit seinem Gehalt auskomme.[10]

390 US-Dollar im Monat beträgt in Ecuador das staatlich definierte Existenzminimum, d. h. die Elends- bzw. Überlebensgrenze für eine durchschnittliche Familie.[11] Das Familieneinkommen von 63 Prozent der befragten Arbeiter/innen bleibt unter diesem Betrag. 83 Prozent gaben an, dass ihr Familieneinkommen unter der staatlich definierten Armutsgrenze von 544 US-Dollar pro Monat liege.[12]

Seit dem Erscheinen der Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke“ 2008 hat sich die Einkommenssituation insgesamt etwas verbessert: Während es bislang nur wenige Arbeiter/innen waren, die den staatlich festgelegten Mindestlohn erhielten, liegt der durchschnittliche Netto-Mindestlohn nun über dem gesetzlich vorgeschriebenen Netto-Mindestlohn von 217 US-Dollar.

## II Überstunden

Der gesetzliche Netto-Mindestlohn sowie das durchschnittlich ausbezahlte Nettodurchschnittsgehalt gehen von 40 Wochenstunden aus, die Arbeiter/innen leisten jedoch durchschnittlich 46 bis 48 Wochenstunden. Die monatlichen 24 bis 32 Überstunden werden allerdings nicht vergütet. Unter Berücksichtigung der Überstunden, einschließlich der gesetzlich vorgesehenen Zuschläge, würde das monatliche Netto-Durchschnittsgehalt anstatt der laut Angaben der befragten Bananenarbeiter/innen gegenwärtig ausbezahlten 237 US-Dollar rund 302 US-Dollar betragen. Den Arbeiter/innen werden also monatlich ca. 65 US-Dollar Einkommen vorenthalten.[13]

## III Urlaub und Sozialleistungen

Doch damit nicht genug: Auch Sozialleistungen werden nicht vorschriftsgemäß ausbezahlt, und in der großen Mehrheit der analysierten Fälle wird auch kein Urlaubsentgelt geleistet. Zwar gestatten die Arbeitgeber den Arbeiter/innen, Urlaub zu nehmen, zahlen jedoch während dieser Zeit kein Gehalt, obwohl dies gesetzlich vorgeschrieben ist.[14]

Es ist zwar ein großer Erfolg der aktuellen Regierung unter Präsident Rafael Correa, dass auf den eigenen Plantagen der drei untersuchten Produzenten nunmehr fast 100 Prozent der befragten Arbeiter/innen sozialversichert sind.[15] Doch die exportierten Bananen stammen überwiegend aus Zulieferbetrieben.[16] Um

## LIEFERVERBINDUNGEN

VON EDEKA, REWE, ALDI, LIDL UND METRO ZU NOBOA, REYBANPAC UND DOLE IN ECUADOR (OHNE ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT)

| PRODUZENT UND EXPORTEUR | IMPORTEUR UND DIENSTLEISTER | HANDELSKETTE |
|---|---|---|
| DOLE-UBESA | DOLE | METRO, LIDL |
| DOLE-UBESA | DOLE, EDEKA FRUCHTKONTOR | EDEKA* |
| REYBANPAC (WONG GRUPPE, U. A. MARKE FAVORITA) | EDEKA FRUCHTKONTOR | EDEKA* |
| REYBANPAC (WONG GRUPPE, U. A. MARKE FAVORITA) NOBOA (U. A. MARKE BONITA) | UNIVEG (U. A. MARKE „1×1“) | REWE**, ALDI |
| NOBOA (U. A. MARKE BONITA) | LEON VAN PARYS, EDEKA FRUCHTKONTOR | EDEKA* |

Quelle: Eigene Zusammenstellung auf der Grundlage von Exportlisten von AEBE (Ecuadorianischer Exportverband), Angaben von Handelsunternehmen und Branchenkennern sowie der Studie „Endstation Ladentheke“, S. 34

**Zur Edeka-Gruppe gehört auch der Netto Marken-Discount.*

***Laut Angaben von Rewe-Mitarbeitern liegt der Anteil von Bananen aus Ecuador, die in Supermärkten der Rewe-Group verkauft werden, lediglich bei rund 5 Prozent. Zur Rewe-Group gehört auch der Discounter Penny.*

die Zahlung von Sozialleistungen zu umgehen, sind die Arbeiter/innen in diesen Zulieferbetrieben oft nicht direkt vom Plantagenbesitzer angestellt, sondern von kleinen Subunternehmern.

Das 13. und 14. Monatsgehalt, dessen Zahlung vor Weihnachten und Schuljahresbeginn vorgeschrieben ist, wird vielfach nicht pünktlich und nicht in voller Höhe ausgezahlt und zudem in gesetzwidriger Weise auf die erwähnten durchschnittlichen Monatslöhne verteilt, sodass in vielen Fällen der Durchschnittslohn ohne diese Zusatzleistungen unter dem gesetzlich festgelegten Netto-Mindestlohn von 217 US-Dollar bliebe.[17]

In der Mehrzahl der Fälle bekommen die Arbeiter/innen weder detaillierte Lohnabrechnungen noch eine Kopie ihres Arbeitsvertrages, obwohl das ecuadorianische Gesetz beides vorschreibt. So können sie nicht überprüfen, ob und in welcher Höhe sie die einzelnen oben genannten Zusatzleistungen ausbezahlt bekommen.[18]

*Foto:* Oxfam Deutschland

## IV Verträge

Über 90 Prozent der bei Dole und Noboa befragten Beschäftigten haben einen schriftlichen Arbeitsvertrag; bei Reybanpac sind es jedoch lediglich 32 Prozent der Befragten. In den Zulieferbetrieben sieht die Situation anders aus: Nur rund 70 Prozent der befragten Arbeiter/innen, die auf Zulieferplantagen für Dole arbeiten, haben einen schriftlichen Vertrag, im Fall von Noboa sind es rund 40 und bei Reybanpac rund 50 Prozent.[19]

In der Verpackung ist die Lage der Arbeiter/innen noch schlechter. Dort werden, entgegen dem ecuadorianischen Arbeitsrecht, viele Arbeiter/innen nicht direkt vom Produzenten angestellt, sondern über den „Chef der Kompanie" *(jefe de cuadrilla)*. Dieser ist verantwortlich für eine bestimmte Anzahl von Arbeiter/innen und steht als einziger in direkter Verbindung mit dem Produzenten. Er erhält einen festen Betrag für eine spezifische Leistung "seiner" Gruppe und ist verantwortlich für dessen Auszahlung. Statt direkt angestellt zu sein, unterstehen in den Betrieben von Dole 15 Prozent der befragten Arbeiter/innen einem solchen Gruppenleiter, bei Noboa 30 Prozent und bei Reybanpac sogar rund 67 Prozent. Bei den Zulieferbetrieben ist dieser Anteil sogar noch höher: In Zulieferbetrieben von Dole beträgt er 43, in denen von Noboa 63 und in denen von Reybanpac 80 Prozent der befragten Arbeiter/innen.[20] Auf diese Weise umgehen die Produzenten die Zahlung der Sozialversicherung sowie der sonstigen gesetzlich vorgeschriebenen Zusatzleistungen.

## V Sicherheit und Gesundheit

Während sich im Vergleich zu 2008 die Situation bezüglich Sozialversicherung und Arbeitsvertrag geringfügig verbessert hat, sind die Zustände, die Arbeiter/innen bezüglich Gesundheit und Sicherheit ertragen müssen, nach wie vor katastrophal.

In Ecuador setzen die untersuchten Produzenten immer noch krebserregende und hochgiftige Schädlingsbekämpfungsmittel ein, die von Flugzeugen aus über die Felder versprüht werden, ohne dass sich die Plantagenarbeiter/innen ausreichend schützen können. *„Wir bleiben an unseren Arbeitsplätzen, weil sie uns nicht weggehen lassen. Wir bedecken uns mit unseren Hemden, weil der Verwalter der Plantage uns nicht erlaubt, die Felder zu verlassen"*, so ein Landarbeiter.[21] *„Wenn sie die Pestizide versprühen, bedecken wir die Nase und gucken nicht nach oben, weil das den Augen schadet."* Ein Arbeiter auf den Plantagen von Noboa beschreibt ähnliche Zustände: *„Die Flugzeuge kommen ohne Vorwarnung, wenn wir auf den Feldern arbeiten. Wir kriegen die Chemikalien ab und können uns nur mit unseren Hemden und Bananenblättern schützen. Ab und zu kommen die Flugzeuge auch, wenn wir in der Kantine sind."*[22]

In der Mehrheit der Fälle werden die Pestizide dann von Flugzeugen aus versprüht, wenn die Arbeiter/innen an ihrem Arbeitsplatz sind: Das haben 95 Prozent der Befragten auf den Plantagen von Noboa und Reybanpac so erlebt. Bei Dole sind es 55 Prozent der Befragten. Leitende Techniker von Dole widersprachen dem jedoch: Es gebe detaillierte Vorschriften, welche die Anwesenheit der Arbeiter/innen während der Flugzeugeinsätze verhindern sollen. In der Regel würden die Flugzeuge nach der Arbeitszeit oder am Wochenende eingesetzt.[23]

In den Zulieferbetrieben sagten rund 90 Prozent der befragten Arbeiter/innen aus, die Flugzeuge würden eingesetzt, während sie auf den Bananenplantagen arbeiteten.[24]

Die am meisten eingesetzten Pestizide sind Calixin, Bravo, Mancozeb und Tilt. Alle vier Chemikalien sind als gefährlich eingestuft. Bravo, Mancozeb und Tilt enthalten Stoffe, die nach Angaben der US-Umweltbehörde EPA Krebs erregen können.[25] Calixin ist in der EU nicht zugelassen.[26] Kontakt mit den Pestiziden verursacht unter anderem Kopfschmerzen, Fieber, Schwindel, Übelkeit und Erbrechen – von möglichen Langzeitschäden ganz zu schweigen.[27]

Nach dem Gesetz haben Unternehmen für die nötige Schutzkleidung und Ausrüstung der Arbeiter/innen zu sorgen. Sie überlassen es jedoch zunehmend den Arbeiter/innen, sich mit Schutzkleidung gegen Pestizide und Arbeitsunfälle auszustatten.[28] Auf den eigenen Plantagen von Noboa gaben 100 Prozent der Arbeiter/innen an, keine Arbeitskleidung zu erhalten, bei Reybanpac waren es 85 Prozent und auf den Zulieferplantagen aller drei untersuchten Exportfirmen waren es 69 Prozent der befragten Arbeiter/innen.[29] Von den auf den eigenen Plantagen von Dole Beschäftigten gaben hingegen 100 Prozent an, eine Ausrüstung zu bekommen, die allerdings nicht immer geeignet sei, vor möglichen Arbeitsunfällen oder Schäden für Haut, Augen oder Atmung zu schützen.[30] Gleichzeitig behaupten die Bananenproduzenten, dass nicht der Einsatz der Pestizide das Problem sei, sondern die Tatsache, dass die Arbeiter/innen keine ausreichende Schutzkleidung tragen, durch die das Risiko von Gesundheitsschäden minimal wäre.[31] Um solche Probleme auf den Plantagen angehen zu können, schreibt das ecuadorianische Arbeitsrecht die Einrichtung von Komitees für Gesundheit und Sicherheit vor, die paritätisch mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zu besetzen sind. Laut Angaben der Beschäftigten existiert ein solches Komitee auf keiner einzigen Plantage von Noboa und Reybanpac. Nur bei Dole gibt es entsprechende Komitees.[32]

Nicht nur die Arbeiter/innen auf den Plantagen sind vom Pestizid-Einsatz betroffen, sondern auch die Anwohner/innen. So erklärt eine Bananenarbeiterin und Anwohnerin: *„Ich möchte über die Umweltverschmutzung durch den Pestizid-Einsatz sprechen, dadurch habe ich Tiere verloren, zum Beispiel Schweine und Hühner. Das Wasser in unseren Wassertanks wird verseucht. Die Flugzeuge fliegen zu tief über Häuser und Schulen. Sie warnen uns nicht vor, und die Wäsche, die auf der Leine hängt, wird verschmutzt; alles wird besprüht.“*[33]

Die Ärztin Patricia López arbeitet für die Mission Manuela Espejo, die dem ecuadorianischen Vizepräsidenten untersteht und eine Bestandsaufnahme von körperlichen und geistigen Behinderungen vornimmt. Dr. López berichtet, dass Personen mit geistiger Behinderung oft nahe bei den Plantagen leben.[34] Sie vermutet einen Zusammenhang mit der Arbeit von Familienvätern auf den Bananen-Plantagen, die dort ohne den geringsten Schutz wie Handschuhe oder Brillen arbeiten.[35]

Ähnliches erzählt eine Arbeiterin aus der Gegend nahe einer Reybanpac-Plantage: *„Viele Anwohner mussten ihre Sachen packen und wegziehen, weil ihre Kinder durch den Pestizid-Einsatz krank geworden sind. Gerade heute hat uns die Mission Manuela Espejo des Vizepräsidenten besucht, um die geistig behinderten Kinder der Region zu sehen. Sie leiden unter Gehirnlähmung, Problemen in Armen und Beinen, Hautausschlag, etc. Wasser und Luft werden verseucht, wir sind sehr besorgt über die Situation. Und sie* [die Plantagenbesitzer] *schenken dem keine Beachtung. Einmal waren wir bei einer Veranstaltung in Malagon, und auf einmal kam das Flugzeug und hat uns alle besprüht, die Leute wurden wütend und haben das Flugzeug mit Steinen beworfen. Diese Flüssigkeit stinkt wie verrückt, man riecht sie über 500 Meter. Die Veranstaltung war morgens, viele Kinder waren dabei.“*[36]

Die am häufigsten auftretenden Gesundheitsschäden als Folge des Einsatzes von Schädlingsbekämpfungsmitteln sind Hautprobleme und langfristige Vergiftungserscheinungen, deren Symptome in Müdigkeit und nervösen oder motorischen Störungen bestehen.[37]

Bisher fehlt eine offizielle Untersuchung über die Auswirkungen des Pestizid-Einsatzes auf die Gesundheit der Arbeiter/innen und Anwohner/innen. Die Produzenten streiten daher ab, dass von der Schädlingsbekämpfung per Flugzeug gesundheitliche Gefahren ausgehen.[38]

*Foto:* Oxfam Deutschland

## VI Gewerkschaftsrechte

Die Gewerkschaftsarbeit steht vor riesigen Herausforderungen. Trotz gesetzlich festgeschriebener Vereinigungsfreiheit ist kaum eine/r der befragten Arbeiter/innen Gewerkschaftsmitglied. Von 600 rechtlich möglichen Betriebsgewerkschaften gibt es im Bananensektor nur sechs.[39] In Ecuador sind Branchengewerkschaften gesetzlich nicht erlaubt, wohl aber Unternehmerverbände.

Die Mehrheit der auf den Plantagen von Noboa und Reybanpac befragten Beschäftigten weiß nicht einmal, ob es eine Gewerkschaft in ihrem Betrieb gibt.[40] Bei Reybanpac existiert laut 43 Prozent der befragten Arbeiter/innen eine Schein-Gewerkschaft. *„Es gibt hier eine Phantom-Gewerkschaft, die wir nicht kennen, aber sie ziehen uns ein Prozent des Lohns dafür ab. Die Sache existiert seit ungefähr vier Monaten, und nach dem, was ich gehört habe, wollen sie uns einige Papiere unterschreiben lassen, von denen ich nicht weiß, was für welche. Wir wissen darüber nicht Bescheid, weil sie uns keine Informationen geben, und wenn das einer beanstandet, wie es diese Woche der Fall war, gehen sie uns aus dem Weg“*, so ein Landarbeiter.[41] Die Schein-Gewerkschaft sei auf Betreiben des Managements gegründet worden. *„Wir waren schon vor halb sechs auf der Plantage, beim Eingang wartete der Geschäftsführer mit verschiedenen Papieren und einem anderen Herrn und sagte uns, dass es von nun an eine Arbeiterorganisation gäbe, die uns später mit Stiefeln, Handschuhen und einem Overall für die Arbeit versorgen würde“*, erzählt einer der Landarbeiter bei Reybanpac.[42] Anfang Dezember 2011 hat Reybanpac tatsächlich mit dieser Organisation einen Tarifvertrag abgeschlossen.

Bei Noboa wussten nur 10 Prozent der Arbeiter/innen von einer Gewerkschaft, die neben einer sogenannten „gelben“ Gewerkschaft, d. h. einer unternehmerfreundlichen Arbeitnehmerorganisation, existiere.[43] Nur bei Dole gaben 85 Prozent der befragten Arbeiter/

innen an, dass es eine Gewerkschaft gäbe; 79 Prozent davon glauben, dass diese auch für die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte sorgt.[44] Erst kürzlich hat Dole mit der Gewerkschaft einen zweijährigen Tarifvertrag abgeschlossen.[45]

In den Zulieferbetrieben der drei untersuchten Produzenten wissen 96 Prozent der befragten Arbeiter/innen nicht, ob es eine Gewerkschaft gibt.[46] Mehr als die Hälfte aller befragten Arbeiter/innen – ob auf eigenen Plantagen oder aus Zulieferbetrieben – gab jedoch an, dass sie gerne Mitglied einer Gewerkschaft wären, um die ihnen zustehenden Arbeitnehmerrechte durchsetzen zu können.[47]

In Ecuador ist die Geschichte der Gewerkschaften von Angst und Gewalt geprägt. Die Einrichtung von Gewerkschaften wird seit Jahren systematisch unterdrückt. Massenentlassungen aufgrund von Gewerkschaftsaktivitäten sind seit jeher an der Tagesordnung.

In einem öffentlich bekannt gewordenen Fall aus dem Jahr 2002 kam es sogar zur Gewaltanwendung auf der Plantage Los Alamos des Produzenten Noboa. Als Arbeiter/innen für ihr Recht streikten, eine Gewerkschaft zu gründen, setzte Noboa bewaffnete Männer ein. 15 Arbeiter/innen wurden verwundet, einer verlor sein Bein, und es gab auf verschiedenen Plantagen von Noboa eine große Anzahl von Entlassungen.[48] Im Mai 2011 schafften es die Arbeiter/innen der Los Alamos-Plantage dann endlich, eine Gewerkschaft zu gründen. Allerdings entließ Noboa kürzlich deren Generalsekretär, sodass auch die Existenz dieser Gewerkschaft bedroht ist.

Auf unterschiedlichen Plantagen der untersuchten Produzenten wurden zwischen 2005 und 2006 mehr als 100 Arbeiter/innen aufgrund von gewerkschaftlichen Aktivitäten entlassen.[49] In zwei Zulieferbetrieben von Dole gab es im Jahr 2009 wegen Gründung einer Gewerkschaft 38 Entlassungen.[50] Der Gewerkschaftsverbund FENACLE handelte Entschädigungen für die betroffenen Arbeiter/innen aus und vereinbarte mit den Arbeitgebern, dass die weiter beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder nicht wegen ihrer Mitgliedschaft belangt würden. Eine Woche später wurde zwölf weiteren Gewerkschaftsmitgliedern gekündigt, und die Geschäftsführung drohte mit noch mehr Entlassungen.

Entlassungen sind die am weitesten verbreitete Form der Behinderung von Gewerkschaftsarbeit. Mehr als die Hälfte der befragten Arbeiter/innen aller drei untersuchten Produzenten hat von solchen Fällen gehört.[51] In den Zulieferbetrieben von Noboa gaben 50 Prozent der befragten Arbeiter/innen an, sie seien schon einmal entlassen worden – aus Gründen wie einem Tag Fehlzeit wegen Krankheit, Gewerkschaftszugehörigkeit, angeblich schlechter Leistungen oder weil sie sich zunächst geweigert hätten, mehr Arbeit anzunehmen.[52]

Im Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes wird über Ecuador Folgendes ausgeführt:

*„In den frühen Morgenstunden des 23. Januar 2006, auf dem Weg zu ihrem Arbeitsplatz auf der Plantage Josefa, Zulieferer von Dole, fanden zehn Gewerkschaftsführer, angeführt vom Generalsekretär Manual Ruiz, ihre Namen auf einer Liste wieder, die ihnen den Zutritt wegen Entlassung verwehrte. Ihre Abfindungen befänden sich beim Arbeitsamt. An diesem Tag begannen die übrigen Arbeiter/innen einen Streik, mit dem sie die Wiedereinstellung der Entlassenen forderten. Am 11. Februar vertrieb eine Einheit von 35 Polizisten die streikenden Arbeiter/innen von der Plantage. Am 24. Februar wurde auf der Plantage San Luís, Zulieferer von Noboa, 16 Arbeiter/innen, den aktivsten Gewerkschaftsmitgliedern, von denen zwölf sowohl Gewerkschaftsführer als auch Mitglied des gerade in Gründung befindlichen Betriebsrats waren, der Zutritt verweigert, mit der Begründung, sie wären entlassen.“*[53]

Ein befragter Arbeiter bei Reybanpac berichtet: *„Ich sagte dem Ingenieur, dass ich nicht in zwei Organisationen* [bei einer Gewerkschaft und bei der vom Arbeitgeber ins Leben gerufenen Schein-Gewerkschaft] *gleichzeitig*

*Mitglied sein kann. Am Montag, den 10. Januar 2010 bestellte mich die Geschäftsführung ein und fragte, ob ich wisse, warum sie mich gerufen hätten. Ich sagte, dass es wohl wegen der Papiere sei, die wir nicht unterschreiben wollten. Da sagten sie mir, dass sich jetzt die Sicherheitskräfte um mich kümmern würden und ich die Plantage nicht wieder betreten dürfe."*[54]

Andere Befragte berichten, dass bei Noboa einige Arbeiter bei dem Versuch, sich zu organisieren, so sehr behindert worden seien, dass sie schließlich darauf verzichteten. *„Die Arbeiter, die die Nichtzahlung der Gewinnbeteiligung reklamiert hatten, sind bereits gegangen, weil sie so lange bedroht und belästigt wurden, bis sie schließlich gekündigt haben. Die meisten, die mit mir protestiert haben, sind nicht mehr da. Mit mir wollten sie das Gleiche machen, aber Gott sei Dank, alle Arbeit, die sie mir gaben, habe ich erledigt, und als sie das sahen, haben sie aufgehört, mich zu belästigen."*[55]

Befragte Arbeiter/innen gaben zudem an, dass die Plantagenbesitzer immer noch diejenigen einzuschüchtern versuchen, die sich organisieren wollen. So berichten sie zum Beispiel: *„Wenn man viel redet oder etwas beanstandet, versuchen sie, dir das Leben schwer zu machen. Sie geben dir Arbeit, die du nicht kannst oder die dir nicht gefällt, damit du dich belästigt fühlst und gehst. Oder sie entlassen einen direkt und sagen, dass es heute keine Arbeit gibt. Es gibt viele, die schweigen. Denn in anderen Unternehmen verlangen sie Empfehlungen und forschen nach, und wenn dann jemand sagt, das ist einer von diesen Typen, hast du Probleme."*[56]

## VII Kinderarbeit

Im Gegensatz zur Situation bezüglich Gewerkschaftsaktivitäten stellt die überwiegende Abschaffung von Kinderarbeit einen großen Fortschritt dar. Auf den eigenen Plantagen von Dole, Reybanpac und Noboa gibt es diesen früheren Missstand nicht mehr.[57] Dieser Erfolg ist der gemeinsamen Anstrengung von Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zu verdanken, die sich in Zusammenarbeit mit IPEC, einem Programm der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), für die Abschaffung von Kinderarbeit eingesetzt haben.[58]

In den Zulieferplantagen gibt es allerdings teilweise noch Kinderarbeit. In Ferienzeiten arbeiten hier 15-Jährige, obwohl das Gesetz diese Arbeit erst ab 16 erlaubt.[59] Zudem leisten sie statt der erlaubten sechs Stunden pro Tag die volle Arbeitszeit von durchschnittlich neun Stunden.[60] Auch suchen teilweise Kinder in den Ferien Arbeit auf den Plantagen. *„Es gibt hier Kinder, zwischen acht und elf Jahre alt, die sie arbeiten lassen, aber wenn Besucher kommen, schicken sie sie weg. Die Kinder selbst fragen nach Arbeit, weil sie Geld für die Schule brauchen oder weil ihre Eltern das Geld brauchen. Zum Beispiel haben in Pueblo Viejo diese Woche neun Kinder nach Arbeit gefragt. Sie zahlen ihnen nur 8,50 US-Dollar für einen ganzen Tag Arbeit auf dem Feld."*[61]

## VIII Zugang zu Land und Wasser

In den letzten Jahren hat die Konzentration von Land- und Wasserrechten in den Händen weniger Bananenexporteure zugenommen. So hat das Unternehmen Palmar, das auch Bananen für den Export nach Deutschland produziert, seinen Besitz in nur einem Bezirk der Provinz El Oro im Süden Ecuadors durch den Zukauf vieler kleinerer Betriebe von 285 Hektar im Jahr 2001 auf ca. 554 Hektar im Jahr 2006 vergrößert.[62] Eine der Methoden, um kleine Produzenten zum Verkauf zu bewegen, war die Sperrung des Zugangs zu Wasser.[63]

Das Ausmaß der Konzentration bei Wasserrechten illustrieren die Beispiele Reybanpac und Noboa. Im Jahr 2005 entsprachen die Wasserrechte von Reybanpac für lediglich 20 seiner 47 Plantagen und von Noboa für vier seiner zehn Plantagen 37 Prozent des vom Staat in öffentlichen Bewässerungssystemen für den Bananensektor zur Verfügung gestellten Wassers. Darüber hinaus besaßen sie 73 Prozent der für den Bananensektor angemeldeten Brunnen.

*Foto:* Oxfam Deutschland

# C

# DIE ROLLE DEUTSCHER SUPERMARKTKETTEN

## I Türsteher und Flaschenhals: Deutsche Supermarktketten beherrschen den Markt

Wer ist schuld an diesen problematischen Zuständen? Neben der viel zu lange untätigen ecuadorianischen Regierung und ecuadorianischen Produzenten auf der einen Seite sowie Frucht-Multis auf der anderen Seite tragen deutsche Supermarktketten einen großen Teil der Verantwortung für die mangelnde Durchsetzung der Arbeitsrechte. Die 2008 erschienene Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke" kritisiert die enorme Marktmacht der Supermarktketten und die damit einhergehenden unfairen Einkaufspraktiken[64] sowie den hohen Preis- und Kostendruck gegenüber Lieferanten und benennt diese als eine der Ursachen für die miserablen Arbeitsbedingungen im Bananenanbau. Die Lieferanten geben den Kostendruck bis ans Ende der Lieferkette weiter, und Leidtragende sind die Plantagenarbeiter/innen, an deren Löhnen gespart wird. Die Studie bezeichnet die Supermarktketten als „Türsteher" im Lebensmittelhandel, an denen niemand vorbeikommt.

Diese Situation hat sich seitdem weiter verschärft. Teilten 2008 in Deutschland noch sechs Handelsunternehmen 90 Prozent des Lebensmittelmarktes unter sich, so sind es heute nur noch fünf – Edeka, Rewe, Aldi, die Schwarzgruppe (Kaufland und Lidl) und Metro (Galeria Kaufhof, Real).[65] Im Übernahmeverfahren Edeka/Tengelmann von 2008 charakterisierte das Bundeskartellamt den Lebensmitteleinzelhandel als „Flaschenhals" oder „Nadelöhr" für den Absatz der Lieferanten: Immer weniger Einzelhändler nehmen immer mehr Produkte ab. Und je größer die Abnahmemenge der Produkte, desto günstiger sind die Einkaufskonditionen, die die Einzelhändler den Lieferanten aufzwingen können.[66] Kürzlich hat das Bundeskartellamt angekündigt, den Lebensmitteleinzelhandel systematisch daraufhin zu untersuchen, welche Vorteile den Handelsunternehmen aufgrund ihrer starken Marktposition gegenüber den Lieferanten erwachsen[67] – ein weiteres Zeichen dafür, dass auch den Wettbewerbshütern die Nachfragemacht der Supermarktketten zunehmend ein Dorn im Auge ist.

Auch für die vorliegende Studie befragte Branchenkenner gaben an, dass im Bananengeschäft der Lebensmitteleinzelhandel bestimmend sei und die Gewinne einstreiche. Der Preis- und Kostendruck der Konzerne werde auf die Lieferkette verteilt, und das Kosten- und Abnahmerisiko für die Ware liege bei den Lieferanten.[68] Die Supermarktketten würden jede Woche neu über Preise und Abnahmemenge bestimmen, und die Lieferanten müssten abschätzen, wie viele Bananen sie zu welchem Preis in der nächsten Woche an sie verkaufen können. Fehlkalkulationen gingen zu ihren Lasten. Nach Angaben von Branchenkennern ist der Aldi-Preis der Referenzpreis, nach ihm richten sich sowohl Importeure als auch die übrigen Supermarktketten hinsichtlich des Preiseinstiegs ihrer Bananen.[69] Bei der Auswahl von Lieferanten hat insbesondere Aldi bisher jede Woche neu entschieden. Im Juli 2011 hat das Handelsunternehmen angekündigt, diese Praxis zu beenden und sich zukünftig auf fünf direkte Importeure zu beschränken.[70] Die längerfristige Lieferbindung bietet diesen Lieferanten zwar Vorteile, allerdings ist fraglich, ob sich dadurch am Preis- und Kostendruck auf die Lieferkette, und damit auf die ecuadorianischen Produzenten, grundsätzlich etwas ändert.

Auch Lidl hat kürzlich angekündigt, in Zukunft seine Bananen direkt von den Importeuren zu beziehen – dass eventuelle Kostenersparnisse den ecuadorianischen Produzenten zugutekommen, ist allerdings zu bezweifeln.[71]

Exporteure und Produzenten in Ecuador spüren den Preis- und Kostendruck in der Lieferkette direkt: *„Preissenkungen in Europa wirken sich sofort bei uns aus. Wenn der Preis in Europa nicht steigt, wird der Exporteur nicht besser bezahlt und kann deswegen auch die Bezahlung der Produzenten nicht erhöhen“,* erklärt ein Vertreter des ecuadorianischen Exportverbandes AEBE.[72] Ein anderer Exporteur beklagt, dass es zunehmend die Supermarktketten und nicht Exporteure oder Produzenten seien, welche die Gewinne in der Bananenlieferkette einstreichen: *„Das Einkaufsvolumen der Supermarktketten ist inzwischen so groß geworden, dass sie den Preis bestimmen können. Und zwar so, dass die Mehrheit der deutschen Importeure sagt, verkaufe mir Bananen zum Aldi-Preis minus oder plus ein Prozent. Wer macht den Preis? Aldi. Das heißt, dass der Preis nicht den Gesetzen des Marktes unterliegt.“*[73] Auch der Landwirtschaftsexperte Sergio Seminario äußerte gegenüber dem FreshFruitPortal, dass Exporteure und Erzeuger wenig Stärke im internationalen Bananenmarkt hätten.[74]

Ebenso kritisiert ein Vertreter des Verbandes kleiner Bananenproduzenten: *„Wer in Deutschland die Macht hat, das sind die Supermärkte, die immer das Billigste kaufen wollen, wie Aldi und Lidl, zu Preisen, die so niedrig sind, dass kleine Produzenten damit nicht mithalten können. Die Supermärkte können morgens per Fax sehen, welches Angebot das niedrigste ist und das nehmen sie. Sie kümmern sich um nichts anderes.“*[75]

Demnach müssen, wenn sich wirklich etwas an den ausbeuterischen Arbeitsbedingungen ändern soll, die Supermarktketten als erstes ihre Einkaufspraktiken gegenüber Lieferanten und Importeuren ändern und diesen angemessene Preise zahlen.

Bis dahin ist es jedoch noch ein weiter Weg. Zunächst einmal müssen die betreffenden Supermarktketten anerkennen, dass ihre Einkaufspraktiken zu den schlechten Arbeitsbedingungen beitragen, und dass es notwendig ist, sie zu ändern. Die im Rahmen dieser Studie zu unfairen Einkaufspraktiken und unangemessenem Preis- und Kostendruck auf ihre Lieferanten befragten fünf großen Handelsunternehmen – Edeka, Metro, Rewe, Lidl und Aldi – äußerten sich, abgesehen von Lidl, jedoch überhaupt nicht. Lidl erklärte, keine der abgefragten Einkaufspraktiken, wie Zuschüsse zu Zusammenschlüssen von Unternehmen (Hochzeitsboni), Regalmieten, Werbekostenzuschüsse oder ähnliches auszuüben.[76] Ferner gab Lidl an, als Handelsunternehmen keinen Einfluss auf den Exportpreis zu haben.

Die vom Bundeskartellamt angekündigte Untersuchung der Beschaffungsmärkte des Lebensmitteleinzelhandels ist dringend notwendig, damit die Machtverhältnisse zwischen Einzelhandel, Großhändlern und den übrigen Lieferanten aufgeklärt sowie bestehende unfaire Einkaufspraktiken seitens der Supermarktketten aufgedeckt, als solche gekennzeichnet und verhindert werden können – Letzteres sowohl durch die Supermarktketten selbst als auch durch weitere politische Maßnahmen. Es ist zwar richtig, dass faire Lieferbedingungen gegenüber ecuadorianischen Produzenten nur unter Mitwirkung der anderen Akteure der Lieferkette, einschließlich der Bananen-Ex- und -Importeure sowie der Großhändler, sichergestellt werden können. Die Handelsketten, wie Metro, Aldi, Lidl, Edeka und Rewe, sind in ihrer Position als „Türsteher“ jedoch dafür verantwortlich, die Lieferbedingungen fair zu gestalten. Dadurch können ihre Lieferanten wiederum den eigenen Zulieferern bessere Konditionen bieten, was menschenwürdigere Arbeitsbedingungen einschließlich angemessener Löhne auf den Bananenplantagen ermöglicht.

Da höhere Einkaufspreise und bessere Lieferbedingungen für Lieferanten, Importeure und Produzenten allein nicht gewährleisten, dass den Arbeiter/innen faire Löhne gezahlt und menschenwürdige Arbeitsbedingungen geboten werden, müssen deutsche Supermarktketten zudem endlich ihre soziale Unternehmensverantwortung wahrnehmen.

## II Soziale Verantwortung der Supermarktketten: Viele Worte, wenig Taten

*„Wir kaufen unsere Bananen nicht nach Marke ein, sondern nach Größe und Preis."*[77]

Was tun Supermarktketten, um die Produktionsbedingungen im Bananenanbau zu verbessern? Seit Erscheinen der Oxfam-Studie „Endstation Ladentheke" sind drei Jahre vergangen, und formal liegt soziale Unternehmensverantwortung mehr denn je im Trend. Inzwischen erklärt jedes der fünf größten Handelsunternehmen ethische und soziale Werte zum Bestandteil seiner Geschäftsstrategie. So heißt es bei der Metro-Gruppe: *„Damit die METRO GROUP weiterhin profitabel wachsen kann, muss sie ihr Kerngeschäft nachhaltig betreiben. Das bedeutet, soziale und ökologische Erfordernisse frühzeitig bei allen Aktivitäten entlang der Wertschöpfungskette zu berücksichtigen".*[78] Die Rewe-Gruppe erklärt verantwortliches Handeln im Sinne der Gemeinschaft zum Bestandteil ihrer Unternehmenskultur[79], und Edeka hat sich zum Ziel gesetzt, ökonomische, ökologische und soziale Kriterien miteinander in Einklang zu bringen.[80] Für Aldi Süd gilt: *„Erfolgreich handeln heißt für ALDI SÜD, Verantwortung gegenüber Menschen und Umwelt zu übernehmen."*[81] Aldi Nord erklärt, es fordere seine Geschäftspartner auf, sich an seinem Leitbild einer sozial und ökologisch verantwortungsvollen Unternehmensführung zu orientieren.[82] Und auch Lidl verkündet auf seiner Website, sich der Verantwortung für Mensch und Natur bewusst zu sein.[83]

Die in dieser Studie aufgezeigten Arbeitsbedingungen auf den Bananenplantagen und in der Verpackungsindustrie in Ecuador sprechen jedoch eine andere Sprache. Seit 2008 hat sich für die Arbeiter/innen dort praktisch nichts geändert. Allein bezüglich Kinderarbeit und Sozialversicherung sind aufgrund der erfolgreichen Programme der ecuadorianischen Regierung Verbesserungen eingetreten. Also alles nur leere Versprechungen der Supermarktketten?

Metro, Rewe, Lidl und Aldi haben sich soziale Selbstverpflichtungen auferlegt, indem sie bereits vor längerer Zeit der *Business Social Compliance Initiative (BSCI)*[84] beigetreten sind, einem Zusammenschluss europäischer Handels- und Markenunternehmen mit dem Ziel, gute Arbeitsbedingungen entlang der Lieferkette herzustellen. Mitglieder von BSCI verpflichten sich im Rahmen ihrer Unternehmenspolitik, geeignete Maßnahmen zur Umsetzung des BSCI-Verhaltenskodex bei ihren Lieferanten zu ergreifen. Sie müssen Betriebsprüfungen bei ihren Lieferanten durchführen und sind angehalten, bei Mängeln dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Der Verhaltenskodex orientiert sich an den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und umfasst unter anderem

- die Versammlungsfreiheit,
- das Recht auf Kollektivverhandlungen,
- das Diskriminierungsverbot,
- das Verbot der Kinder- und Zwangsarbeit,
- Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz,
- die Bezahlung des gesetzlichen Mindestlohns oder geltender Industriestandards sowie die Empfehlung, angemessene Gehälter zu zahlen,
- Arbeitszeiten, die 48 Wochenstunden sowie zwölf freiwillig geleistete Überstunden nicht regelmäßig übersteigen, und die Vorgabe, Überstunden zu vergüten und Zuschläge zu zahlen.

Darüber hinaus verlangt der Kodex die Einhaltung der nationalen Gesetze. BSCI wurde mit Schwerpunkt auf die industrielle Produktion entwickelt; seit 2007 wurde der Geltungsbereich auch auf die landwirtschaftliche Erzeugung ausgedehnt.[85]

Befragt zu ihrer sozialen Verantwortung im Bananenanbau in Ecuador, beriefen sich dementsprechend Metro, Rewe, Aldi Nord und Süd sowie Lidl auch auf ihre Mitgliedschaft bei BSCI sowie das grundsätzliche Gelten des BSCI-Verhaltenskodexes für ihre Lieferanten.[86] Aldi Nord und Süd antworteten konkret, dass der BSCI-Verhaltenskodex zu ihren Einkaufsbedingungen gehöre und Bestandteil jedes Vertrags mit Lieferanten sei.[87] Die Metro Group erklärte außerdem, das gegenwärtige

Ziel sei, zehn Prozent ihrer landwirtschaftlichen Erzeuger nach dem BSCI-System zu überprüfen.[88] Außerdem erfolge der Bananenimport in der Regel durch große Markenlieferanten, welche die Erfüllung von Qualitäts- und Sozialstandards gewährleisteten.[89] In der Tat arbeitet Dole mit *Social Accountability International* zusammen, einer Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, mithilfe des SA-8000-Standards internationale Menschen- und Arbeitsrechte in Agrarbetrieben und Verarbeitungsfabriken durchzusetzen.[90] Auch Rewe verwies auf die zunehmende Arbeit seiner Lieferanten nach SA 8000, allerdings bei Bananen aus anderen Herkunftsländern, wie zum Beispiel Kolumbien.[91]

Diese Bekundungen helfen den Arbeiter/innen im Bananenanbau in Ecuador jedoch wenig. Genau die im BSCI-Verhaltenskodex oder auch SA 8000 genannten Sozialstandards werden im Bananenanbau systematisch verletzt: Gewerkschaftsrechte werden unterdrückt, in Zulieferplantagen gibt es vereinzelt noch Kinderarbeit, es wird zwar der gesetzliche Mindestlohn, nicht jedoch – der Empfehlung entsprechend – werden angemessene Gehälter gezahlt, Überstunden werden nicht adäquat vergütet, und der Pestizid-Einsatz durch Flugzeuge gefährdet die Gesundheit der Arbeiter/innen und Anwohner/innen.

Darüber hinaus verstoßen die Produzenten teilweise auch gegen geltende nationale Gesetze zur Zahlung von zusätzlichen Sozialleistungen (wie das 13. und 14. Monatsgehalt), zur Vergütung von Überstunden, zum Arbeitsschutz und zur Verwendung von Schädlingsbekämpfungsmitteln, was wiederum nicht im Einklang mit dem BSCI-Kodex ist. Nur wenige der befragten Bananenproduzenten und -exporteure wissen, dass Supermarktketten die Erfüllung von Sozial- und Umweltstandards fordern. Die einzige Ausnahme ist das Verbot von Kinderarbeit.[92]

Was ist der Grund für die mangelnde Umsetzung des BSCI-Verhaltenskodexes bei den Lieferanten? Die Handelsunternehmen verweisen entweder auf seine erst kurze Gültigkeit für die landwirtschaftliche Produktion oder auch darauf, dass die Durchsetzung von Sozialstandards in der Lieferkette grundsätzlich ein langfristiger Prozess sei.[93] Lidl erklärte außerdem, die Durchsetzung von Sozialstandards sei nur dann möglich, wenn direkte Lieferbeziehungen zu Importeuren und Produzenten bestünden, was im Bananenanbau jedoch nicht der Fall sei.[94] Rewe und Aldi Nord und Süd kündigten an, zukünftig auch das zum GLOBALG.A.P-Standard[95] zugehörige sogenannte GRASP-Modul für gute soziale Praxis in der Landwirtschaft verwenden zu wollen, das sich derzeit noch in der Entwicklungs- und Umsetzungsphase befände.[96]

Wenngleich man den Handelsunternehmen zugestehen muss, dass die Durchsetzung von Sozialstandards entlang der globalen Lieferkette bis zu den Zulieferbetrieben in Produktionsländern ein komplexer Prozess ist, ist es dennoch erschreckend, dass sich an den verheerenden Arbeitsbedingungen im Bananenanbau seit Erscheinen der ersten Oxfam-Studie zu diesem Thema im Jahr 2008 so wenig geändert hat. Anstatt auf die erst kurze Gültigkeit des BSCI-Systems für die landwirtschaftliche Erzeugung zu verweisen, könnten die Handelsunternehmen Schritte unternehmen, um gemeinsam mit Bananenimporteuren, Produzenten und Gewerkschaften vor Ort nach Lösungen zu suchen.[97] Des Weiteren könnten sie den Anteil fair gehandelter Bananen, die den Erzeugern Mindestpreise garantieren und auch die Einhaltung sozialer Mindeststandards sicherstellen, in ihrem Sortiment vergrößern. Jedoch berichten ecuadorianische Produzenten, seitens deutscher Supermarktketten bestehe kaum Nachfrage.[98]

Ohnehin ist fraglich, ob das BSCI-System geeignet ist, dauerhaft für bessere Arbeitsbedingungen in Produzentenländern zu sorgen. Denn BSCI ist eine reine Unternehmensinitiative; im Entscheidungsgremium sind weder Gewerkschaften noch Nichtregierungsorganisationen (NRO) vertreten.[99] Für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist jedoch eine enge Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und NRO auf

*Foto:* Oxfam Deutschland

Entscheidungsebene als auch bei der Umsetzung vor Ort unbedingte Voraussetzung. Bei Betriebsprüfungen und deren anschließender Umsetzung müssen Arbeiter/innen angemessen beteiligt werden. Zum Beispiel müssen sie in die Lage versetzt werden, ihre Rechte effektiv einzufordern, damit Verbesserungsmaßnahmen am Ende nicht nur auf dem Papier existieren.

Ferner berücksichtigt das BSCI-System wesentliche Arbeitsrechte in seinem Verhaltenskodex gar nicht. So verstoßen die Verhältnisse der Unterauftragsvergabe in der Verpackung und in Zulieferbetrieben gegen das Recht auf eine reguläre Anstellung, das aber im BSCI-Kodex nicht enthalten ist.[100] Weiterhin verpflichtet der Kodex nicht eindeutig zur Zahlung existenzsichernder Löhne; dies wird nur als Empfehlung ausgesprochen. Die Zahlung von Löhnen unterhalb des staatlichen Existenzminimums ist jedoch eines der Hauptprobleme im Bananenanbau in Ecuador.

Auch werden die oben angesprochenen Lieferbedingungen, wie angemessene Einkaufspreise und Lieferzeiten der Handelsunternehmen gegenüber ihren Lieferanten, nicht thematisiert, deren Verbesserung es Produzenten oftmals erst ermöglichen würde, angemessene Gehälter zu zahlen oder Überstunden zu vergüten. Schließlich ist fraglich, ob die für die landwirtschaftliche Produktion nach BSCI geltende Verpflichtung für Mitglieder, innerhalb von dreieinhalb Jahren nach Beitritt mindestens zehn Prozent ihres Einkaufsvolumens oder 15 ihrer Erzeugerbetriebe zu überprüfen, geeignet ist, tatsächlich gute Arbeitsbedingungen in den globalen Lieferketten der Unternehmen herzustellen. Vielmehr sollten Mitglieder auch verpflichtet werden, gemeinsam mit Lieferanten Schulungen und andere Verbesserungsmaßnahmen unter Einbeziehung der Arbeitnehmer/innen durchzuführen. Denn Betriebsprüfungen alleine bewirken ohne entsprechende Umsetzungsmaßnahmen nicht viel.

Insgesamt hat sich BSCI bisher nicht als ein geeignetes System erwiesen, die Arbeitsbedingungen im ecuadorianischen Bananenanbau entscheidend zu verbessern. Die führenden Supermarktketten nehmen ihre soziale Unternehmensverantwortung nicht ausreichend wahr.

# D

# SCHLUSSFOLGERUNGEN: WAS IST ZU TUN?

In Bezug auf ihre soziale Unternehmensverantwortung klafft bei den fünf größten deutschen Handelsketten, Edeka, Aldi, Lidl, Rewe und Metro (Galeria Kaufhof, Real), eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Trotz hehrer Worte und sozialer Selbstverpflichtungen sind die Arbeitsbedingungen im Bananenanbau in Ecuador immer noch verheerend. Um dies zu ändern, ist es nicht nur erforderlich, dass die Supermarktketten ihre sozialen Selbstverpflichtungen verbessern und erfüllen, sie müssen vor allem ihre Einkaufspolitik ändern. Und auch die übrigen Akteure der Lieferkette müssen handeln, einschließlich Produzenten, Ex- und Importeuren.

Um jedoch die Zustände dauerhaft und grundlegend zu ändern, ist auch die Politik gefragt. Das hat die ecuadorianische Regierung mit ihren Programmen zu Kinderarbeit und Sozialversicherung eindrucksvoll bewiesen. Sogar zur Studie befragte Unternehmensvertreter fordern gesetzliche soziale Mindeststandards.[101] Auch auf EU- und internationaler Ebene sind die Staaten gefordert, ihre Pflicht zum Schutz der Menschenrechte auch in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen durch Unternehmen umzusetzen.[102]

Im Einzelnen ist aus Sicht von Oxfam Folgendes notwendig, damit sich die Arbeitsbedingungen in Produktionsländern wie Ecuador dauerhaft verbessern:

## I Die Unternehmen ändern ihre Einkaufspolitik

Damit ecuadorianische Bananenproduzenten die Löhne anheben und Überstunden vergüten können, müssen deutsche Supermarktketten zunächst ihre Einkaufspolitik ändern und den Kostendruck auf ihre Lieferanten verringern, den diese andernfalls entlang der Lieferkette weitergeben.

**OXFAM RUFT DIE UNTERNEHMEN AUF,**

**ihre Einkaufspolitik zu ändern, um ihren Lieferanten die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen zu ermöglichen. Insbesondere sollten sie Anreizsysteme schaffen, die solche Produzenten und Lieferanten belohnen, die soziale und ökologische Mindeststandards einhalten.**

## II Die Unternehmen gehen echte soziale Selbstverpflichtungen ein

Eine Initiative, in der sich Unternehmen selbst verpflichten, menschenwürdige Arbeitsbedingungen auch bei ihren Lieferanten durchzusetzen, sollte Gewerkschaften und NRO in ihren Entscheidungen und bei der Planung und Durchsetzung von Maßnahmen beteiligen. Schulungen für Arbeitnehmer/innen und Manager/innen der Lieferanten müssen einen Schwerpunkt bilden. Arbeitnehmer/innen sollten bei Kontrollen und bei Planung und Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen mit einbezogen werden. Zu den einzuhaltenden Standards müssen neben der Vereinigungsfreiheit, dem Diskriminierungsverbot, dem Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, dem Recht auf angemessene Arbeitszeiten, dem Arbeits- und Gesundheitsschutz auch das Recht auf einen existenzsichernden Lohn und das Recht auf eine reguläre Anstellung gehören. Entscheidend ist die Sicherstellung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auch bei Lieferanten, einschließlich Sub-Unternehmer/innen. Ebenso wichtig ist die Einbeziehung der Einkaufspraktiken bei der Schaffung solcher Initiativen: Beispielsweise müssen den Lieferanten Preise gezahlt werden, von denen sie auch angemessene Löhne für ihre Arbeiter/innen bestreiten können.

**OXFAM FORDERT DIE UNTERNEHMEN AUF,**

**solche Initiativen zur sozialen Selbstverpflichtung ins Leben zu rufen, die Arbeitnehmer/innen angemessen beteiligen, die gesamte Lieferkette mit einbeziehen und angemessene Einkaufspraktiken gegenüber Lieferanten vorschreiben. Solche Initiativen sollten gesamte Wirtschaftsbereiche umfassen.**

*Foto:* Oxfam Deutschland

## III Die Bundesregierung prüft Maßnahmen zur Verhinderung unfairer Einkaufspraktiken

Um den Missbrauch der Nachfragemacht deutscher Handelsunternehmen in Form unfairer Einkaufspraktiken einzudämmen, sollte die Bundesregierung nach Abschluss der Sektor-Untersuchung durch das Bundeskartellamt im Rahmen der gegenwärtigen Reform des Kartellrechts[103] bestehende unfaire Einkaufspraktiken als solche kennzeichnen, deren Verbot gesetzlich verankern und geeignete Maßnahmen im Gesetz vorsehen, um Verstöße effektiver ahnden zu können. Sie sollte beispielweise eine Klagebefugnis für Verbraucher- und Produzentenverbände einführen und/oder eine Streitschlichtungsstelle, bei der auch anonym Beschwerden eingereicht werden können, einrichten. Keinesfalls sollten durch die Reform die Regeln der Missbrauchskontrolle von Marktmacht in ihrem Geltungsbereich begrenzt werden. Die Sektor-Untersuchung, die sich bisher nur auf ausgewählte Produktgruppen bezieht, sollte auf den Obst- und Gemüsebereich ausgedehnt werden. Ebenfalls sollte die Bundesregierung angesichts der nicht nur im Lebensmitteleinzelhandel fortschreitenden Marktkonzentration im Rahmen der Reform die Regeln zur Zusammenschlusskontrolle ändern und den Schwellenwert für die Vermutung einer marktbeherrschenden Stellung senken.

**OXFAM RUFT DIE BUNDESREGIERUNG AUF,**

**nach Abschluss der Untersuchung des Lebensmitteleinzelhandels geeignete Maßnahmen zur Verhinderung unfairer Einkaufspraktiken zu ergreifen.**

## IV Nationale Regierungen in Nord und Süd setzen ihre Arbeitsgesetze durch

Die Regierung Ecuadors sollte sicherstellen, dass Unternehmen die Gewerkschaftsrechte achten, existenzsichernde Löhne sowie gesetzlich vorgeschriebene Zuschläge zahlen und Überstunden vergüten. Ferner sollte sie das System der Unterauftragsvergabe beenden, Sicherheit und Gesundheitsschutz für Arbeitnehmer/innen durchsetzen und dafür sorgen, dass das Verbot von Kinderarbeit eingehalten wird.

Die Bundesregierung sollte die vom UN-Menschenrechtsrat im Juni 2011 verabschiedeten Leitprinzipien zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte (UN Guiding Principles on Business and Human Rights) aufgreifen und gesetzlich vorschreiben, dass Unternehmen, die sich im Ausland niederlassen oder globale Lieferketten betreiben, Menschen- und Arbeitsrechte sowohl an ihren Standorten als auch in ihren Zulieferbetrieben achten. Da Transparenz der erste Schritt hin zu mehr sozialer Verantwortung ist, sollten Unternehmen verpflichtet werden, ihre sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen offenzulegen. Für Supermarktketten sollte dies in erster Linie für ihre Eigenmarken gelten, bei Fremdmarken sollten sie ihre Lieferanten verpflichten, die sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen offenzulegen. Zudem sollten Unternehmen verpflichtet werden, ihre Lieferkette offenzulegen, um so die Überprüfung der Produktionsbedingungen zu ermöglichen.

Ferner sollte sich die Bundesregierung auch auf EU-Ebene im Rahmen des gegenwärtigen Prozesses zur Harmonisierung bestehender europäischer Offenlegungspflichten für Unternehmen zu sozialen und ökologischen Belangen ihrer Unternehmenspraxis für eine Regelung einsetzen, die hinreichend konkret ist und die Lieferkette mit einbezieht. Die EU-Kommission hat angekündigt, einen Gesetzgebungsvorschlag zur Transparenz der sozialen und ökologischen Informationen von Unternehmensaktivitäten aller Branchen vorzulegen.[104]

**OXFAM FORDERT DIE BUNDESREGIERUNG AUF,**

**dafür zu sorgen, dass deutsche Unternehmen Menschen- und Arbeitsrechte im eigenen Unternehmen und in ihrer Lieferkette einhalten.**

**Unternehmen gesetzlich zu verpflichten, ihre sozialen und ökologischen Produktionsbedingungen sowie ihre Unternehmensstruktur und Lieferkette offenzulegen.**

**sich im Rahmen des laufenden EU-Prozesses zur Einführung gesetzlicher Offenlegungspflichten für Unternehmen zu sozialen und ökologischen Aspekten ihrer Geschäftstätigkeit für eine Regelung einzusetzen, die klare Vorgaben macht und auch die Lieferanten mit einbezieht.**

## V Die Öffentlichkeit setzt sich für soziale Unternehmensverantwortung ein

Damit sich Unternehmen sozial verantwortlich verhalten, ist es notwendig, dass Verbraucher/innen soziale Produktionsbedingungen einfordern und durch Teilnahme an öffentlichkeitswirksamen Aktionen, wie etwa Unterschriftensammlungen, Druck auf Unternehmen ausüben.

**OXFAM FORDERT VERBRAUCHER/INNEN AUF,**

**darauf zu bestehen, dass Unternehmen menschenwürdige Arbeitsbedingungen intern und bei ihren Lieferanten durchsetzen.**

# ENDNOTEN

**1** Spiegel Online: *Bananen, die sensible Frucht* [www.spiegel.de/sptv/digital/0,1518,druck-775973,00.html | 07.09.2011]

**2** Angabe eines Branchenexperten vom 08.09.2011

Eigene Berechnung gemäß der Außenhandelsstatistik des Statistischen Bundesamtes aus 2010

**3** Interview mit einem Plantagenarbeiter aus Naranjal, August 2010

**4** Bundeskartellamt, Pressemeldung vom 07.04.2008 sowie Angabe eines Mitarbeiters des Bundeskartellamtes im Mai 2011

**5** In Ecuador ist Dole durch seine Tochtergesellschaft Ubesa tätig (SIPAE-Bericht | S. 14). Im Folgenden wird von Dole gesprochen.

**6** Exportlisten von AEBE (SIPAE-Bericht | S. 11 und 12)

**7** ebd.

**8** Interview mit Branchenkenner im August 2011

Fyffes hält 33 Prozent Anteile an der Firma van Wylick (Lebensmittelzeitung: *Fyffes darf bei van Wylick einsteigen*, 24.03.2011).

Die weltweit führenden Obst- und Gemüsevermarkter sind Dole Food, Univeg, Fresh Del Monte, Chiquita und Total Produce (Lebensmittelzeitung: *Top 5 Obst- und Gemüsevermarkter Welt 2010*, November 2010).

**9** El Comercio, 02.03.2011, zitiert in SIPAE-Bericht | S. 9

**10** Interview mit einem Plantagenarbeiter in La Troncal, August 2010

**11** SIPAE-Bericht | S. 30

Eine durchschnittliche Familie in Ecuador wird in der amtlichen Statistik mit vier Mitgliedern beziffert, wobei die Mehrzahl der in der SIPAE-Studie befragten Bananenarbeiter/innen aus größeren Familien stammen.

**12** SIPAE-Bericht | S. 31

**13** a.a.O. | S. 27–28

**14** a.a.O. | S. 25

**15** a.a.O. | S. 22–23

Jedoch werden, entgegen den Vorschriften für die Sozialversicherung, nicht immer die bereits geleisteten Arbeitsjahre angerechnet. Aus Furcht vor Repressionen beanstanden die Arbeiter/innen das nicht (SIPAE-Bericht | S. 23).

**16** Dole besitzt acht eigene Bananen-Plantagen, die übrigen Bananen – nach eigenen Angaben 92 Prozent ihrer Exporte – werden von ca. 195 unabhängigen Produzenten geliefert. Noboa gehören zehn eigene Plantagen; dazu werden Bananen von 600 angegliederten Zulieferern sowie von unabhängigen Produzenten angekauft. Reybanpac besitzt 47 Plantagen und kauft von einer unbekannten Anzahl unabhängiger Produzenten.
– SIPAE-Bericht | S. 14–17

**17** a.a.O. | S. 23–24

Ebenso bekommen auch nicht alle Arbeiter/innen die gesetzlich vorgeschriebenen Gewinnbeteiligungen, und wenn, dann nicht in der Höhe, die ihnen zusteht (a.a.O. | S. 25–6).

**18** a.a.O. | S. 24

**19** a.a.O. | S. 21

**20** a.a.O. | S. 22

**21** Interview mit Plantagenarbeiter/innen in El Triunfo und La Troncal, August 2010

**22** Interview mit einem Plantagenarbeiter, der für Noboa arbeitet, Januar 2011

**23** SIPAE-Bericht | S. 34

**24** ebd.

**25** a.a.O. | S. 34–35

**26** Entscheidung der Kommission vom 30. Januar 2004 (2004/129/EG)

**27** SIPAE-Bericht | S. 34

**28** a.a.O. | S. 32

**29** ebd.

**30** ebd.

**31** a.a.O. | S. 43

**32** a.a.O. | S. 33

**33** Interview mit einer Bananenarbeiterin aus Yaguachi, August 2010

**34** a.a.O. | S. 44

**35** ebd.

**36** Interview mit einer Arbeiterin aus Guayas, August 2010

**37** Gruppeninterview mit Mitgliedern des Gewerkschaftsverbunds FENACLE, Dezember 2010

**38** SIPAE-Bericht | S. 43

**39** a.a.O. | S. 35

**40** Bei Noboa sind es 90 Prozent der befragten Arbeiter/innen und bei Reybanpac 57 Prozent (SIPAE-Bericht | S. 36).

**41** Interview mit einem Arbeiter bei Reybanpac, August 2011 (SIPAE-Bericht | S. 36)

**42** a.a.O. | S. 37, Interview Januar 2011

**43** a.a.O. | S. 36

**44** ebd.

**45** Pressemitteilung der Fa. Dole: *Dole Signs Collective Bargaining Agreement with Ecuadorian Banana Union*, 04.08.2011 [http://dolecrs.com | 09.09.2011]

**46** SIPAE-Bericht | S. 26

**47** a.a.O. | S. 37

**48** Siehe SIPAE-Bericht | S. 40 sowie weitere Verweise

**49** a.a.O. | S. 38

**50** ebd.

**51** ebd.

**52** a.a.O. | S. 39

**53** Bericht aus 2007 [http://survey07.ituc-csi.org/getcountry.php?IDCountry=ECU&IDLang=ES] – zitiert im SIPAE-Bericht | S. 39

**54** Aussage eines ehemaligen Arbeiters bei einem Seminar in Guayaquil, November 2010

**55** Interview mit einem Arbeiter von Noboa, August 2010

**56** Interview mit einem Arbeiter der Hacienda Agrícola del Pacífico, Yaguachi, August 2010

**57** SIPAE-Bericht | S. 41

**58** Siehe zum Beispiel IPEC: *Combating the Worst Forms of Child Labor in Ecuador, 2003–2006* [www.dol.gov/ILAB/grants/sga0408/EcuadorTBP.pdf | 19.8.2011]

**59** Interview mit einem Arbeiter aus Yaguachi vom Juli 2010

**60** SIPAE-Bericht | S. 41

**61** ebd.

**62** a.a.O. | S. 43

**63** E. Rodríguez: *Competencia desigual: Agroindustria bananera y pequenos productores: El caso Barbones* in: F. Brassel, S. Herrera, M. Laforge: *¿Reforma agraria en Ecuador?: viejos temas, nuevos argumentos*, SIPAE, Quito 2008 | S. 65–76

**64** Laut „Endstation Ladentheke" (S. 40) gehören zu den unfairen Einkaufspraktiken im Lebensmitteleinzelhandel u. a. unberechtigte Werbekostenzuschüsse, unentgeltliche Dienstleistungen und rückwirkend geltende Konditionenanpassungen.

**65** Bundeskartellamt: *Pressemeldung*, 07.04.2008 sowie Angaben eines Mitarbeiters des Bundeskartellamtes vom Mai 2011

**66** Vgl. Bundeskartellamt, Beschluss vom 30.6.2008, Az. B 2 – 333/07 | S. 103

**67** Bundeskartellamt, Pressemeldung vom 14.02.2011

Bedauerlicherweise ist allerdings nach Angaben des Bundeskartellamts bisher keine Untersuchung des Obst- und Gemüsesektors geplant.

**68** Interviews mit Branchenkennern aus 2011

**69** Interviews mit Branchenkennern im August 2011

**70** Lebensmittelzeitung: *Aldi schafft Ordnung bei Bananen*, Meldung vom 14.7.2011

**71** Lebensmittelzeitung: *Lidl will Direktbezug von Bananen*, Meldung vom 04.08.2011

**72** Interview mit einem Vertreter des ecuadorianischen Verbandes der Bananenexporteure AEBE, August 2010

**73** Interview mit einem ecuadorianischen Bananenexporteur, Dezember 2010

**74** Fruchtportal: *Ecuador gibt 2 US-Dollar Hilfe pro Bündel Bananen*, 01.09.2011 [www.fruchtportal.de | 02.11.2011]

**75** Interview mit einem Vertreter des Verbandes kleiner Bananenproduzenten APPBG (Asociación de Pequenos Productores Bananeros de El Guabo) aus El Oro, Ecuador, August 2010

**76** Brief der Fa. Lidl vom 24.06.2011

**77** E-Mail von einer führenden deutschen Supermarktkette vom 02.05.2011

**78** [www.metrogroup.de/internet/site/metrogroup/node/9331/Lde/index.html | 03.11.2011]

**79** [www.rewe-group.com/nachhaltigkeit | 03.11.2011]

**80** [www.edeka-gruppe.de/Unternehmen/de/verantwortung/Einleitung.jsp | 03.11.2011]

**81** [http://verantwortung.aldi-sued.de/?WT.z_src=main | 03.11.2011]

**82** Brief von Aldi Einkauf GmbH & Co. oHG vom 17.06.2011

**83** [www.lidl.de/de/Verantwortung | 22.06.2011]

**84** [www.bsci-intl.org]

**85** BSCI: *Pressemitteilung,* 15.07.2007 [http://www.bsci-intl.org/bsci-extends-its-approach-better-working-conditions-food-supply-chain | 27.07.2011]

**86** Brief der Fa. Lidl vom 24.06.2011
Brief der Fa. Aldi Nord vom 17.06.2011
Brief der Fa. Aldi Süd vom 22.06.2011
E-Mail der Fa. Rewe vom 17.06.2011
Brief der Fa. Metro vom 18.05.2011

Die Fa. Edeka beantwortete die Fragen von Oxfam Deutschland zur sozialen Unternehmensverantwortung nicht.

**87** Brief der Fa. Aldi Nord vom 17.06.2011
Brief der Fa. Aldi Süd vom 22.06.2011

**88** Brief der Fa. Metro vom 18.05.2011

**89** ebd.

**90** *Vgl.* [www.sa-intl.org/index.cfm?fuseaction=Page.viewPage&pageId=472]
sowie [http://dolecrs.com/corporate-responsibility/stakeholder-involvement/social-accountability-international | 09.09.2011]

**91** E-Mail der Fa. Rewe vom 17.06.2011

**92** SIPAE-Bericht | S. 50

**93** *Vgl.* Brief der Fa. Lidl vom 24.06.2011
Brief der Fa. Aldi Süd vom 22.06.2011
E-Mail der Fa. Rewe vom 17.06.2011
Brief der Fa. Metro vom 18. Mai 2011

**94** Gespräch mit Lidl-Mitarbeitern vom 16.08.2011

**95** GLOBALG.A.P ist ein von der privatwirtschaftlichen Organisation GLOBALG.A.P entwickelter Referenzstandard für gute Agrarpraxis [http://www.globalgap.org/cms/front_content.php?idcat=2 | 08.09.2011].

**96** *Vgl.* Brief der Fa. Aldi Nord vom 17.06.2011
Brief der Fa. Aldi Süd vom 22.06.2011
E-Mail der Fa. Rewe vom 17.06.2011

**97** Die Fa. Lidl kündigte kürzlich an, gemeinsam mit ihren Lieferanten und anderen Organisationen dafür sorgen zu wollen, dass ihre Bananen sozial verantwortlich produziert werden. – Gespräch vom 16.08.2011

**98** Interview mit Mitgliedern der ecuadorianischen Produzentenorganisation UROCAL (Unión Regional de Organizaciones Campesinas del Litoral), August 2011

**99** Siehe auch Kritik durch andere NRO auf [www.oxfamfueralle.de/supermarktmacht.de/wp-content/uploads/04-stellungnahme-zu-bsci.pdf | 27.07.2011].

**100** Dieses Recht ist zum Beispiel im Kodex der Ethical Trading Initiative enthalten [www.ethicaltrade.org].

**101** Interview mit einem Unternehmensvertreter vom 05.09.2011

**102** *Vgl.* University of Edinburgh for the European Commission: *Study of the Legal Framework on Human Rights and the Environment Applicable to European Enterprises Operating outside the European Union* [http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sustainable-business/files/business-human-rights/101025_ec_study_final_report_en.pdf]

Human Rights Council: *Guiding Principles on Business and Human Rights: Implementing the United Nations "Protect, Respect and Remedy" Framework*, A/HRC/17/31 – 21 March 2011

**103** Der Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 sieht eine Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vor.

**104** *Vgl.* Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: *Eine neue Strategie (2011–14) für die soziale Verantwortung der Unternehmen,* KOM(2011) 681 endgültig, 25.11.2011

*sowie* Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: *Binnenmarktakte, Zwölf Hebel zur Förderung von Wachstum und Vertrauen „Gemeinsam für neues Wachstum"*, KOM(2011) 206 endgültig

# IMPRESSUM

**Herausgeber**

© Oxfam Deutschland e.V. | Dezember 2011

Oxfam Deutschland e.V.
Greifswalder Straße 33a
10405 Berlin

*Tel* +49 30 – 42 85 06 21 | *Fax* +49 30 – 42 85 06 22
*Internet* www.oxfam.de | *E-Mail* info@oxfam.de

**V.i.S.d.P.**

Paul Bendix

**Autorin**

Dr. Franziska Humbert

**Redaktion**

Julia Jahnz

**Layout**

Judith Fehlau und Malte Herok

**Herstellung und Druck**

H & P Druck Friedrich Hilberts
Körtestraße 10 | 10967 Berlin
*Tel* +49 30 – 69 57 84 00

**Oxfam Deutschland ist eine unabhängige Hilfs- und Entwicklungsorganisation, die sich mit Projekten sowie Lobby- und Kampagnenarbeit für eine gerechte Welt ohne Armut einsetzt.**

**Im internationalen Verbund Oxfam kooperieren 15 nationale Oxfam-Organisationen mit über 3.000 lokalen Partnern in fast 100 Ländern.**

Oxfam
Deutschland

In Bezug auf ihre soziale Verantwortung klafft bei den fünf größten deutschen Supermarktketten, Edeka, Aldi, Schwarzgruppe (Kaufland und Lidl), Rewe und Metro (Galeria Kaufhof, Real), eine große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Trotz hehrer Worte und sozialer Selbstverpflichtungen sind die sozialen und ökologischen Bedingungen im Bananenanbau in Ecuador immer noch verheerend. Gewerkschaftsrechte werden unterdrückt, der Pestizid-Einsatz gefährdet die Gesundheit der Beschäftigten und der Anwohner/innen, und die Löhne reichen nicht aus, um eine Familie zu ernähren.

Um dies zu ändern, ist es erforderlich, dass die Handelsketten ihre sozialen Selbstverpflichtungen verbessern und erfüllen und vor allem ihren Lieferanten angemessene Preise zahlen, damit diese gute Arbeitsbedingungen in ihren Betrieben durchsetzen können. Um die Zustände jedoch dauerhaft und grundlegend zu verbessern, muss auch die Politik handeln. Die Bundesregierung sollte durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass Supermarktketten keine unfairen Einkaufspraktiken gegenüber ihren Lieferanten einsetzen und die Menschen- und Arbeitsrechte sowohl im eigenen Unternehmen als auch entlang der Lieferkette achten.

# HANDLE WITH CARE